

„Der Pflegenotstand ist im Kreis angekommen“



„Der Pflegenotstand ist im Kreis angekommen“

KREIS ROTTWEIL - Die wachsenden Probleme in der Alten- und Krankenpflege, in erster Linie durch zunehmenden Personalmangel verursacht, sind hinlänglich bekannt, eine Patentlösung hat niemand. Eines wurde bei der Fragerunde des Kreissenioresrats Rottweil mit dem FDP-Landtagsabgeordneten Gerhard Aden aber überdeutlich: Die überbordende Bürokratie stiehlt dem Pflegepersonal viel Zeit, die sonst dem Patienten zugute käme. Zudem kratzen die von einer Misstrauenskultur bestimmten Kontrollen am Selbstwertgefühl der Pflegekräfte und vergällt ihnen die Freude am Beruf.

Aden, in der FDP-Fraktion Sprecher für Finanzpolitik, wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit, hatte mit dem Parlamentarischen Berater Markus Flandi einen Fachmann für den Bereich Pflege mitgebracht, ging in seinem Eingangs-Statement auf die Grundfragen der Pflege ein: Auf der einen Seite müsse die Pflege bezahlbar bleiben, auf der anderen Seite gelte es, das Image der Pflegeberufe zu verbessern. „Die Pflegekräfte brauchen die Wertschätzung, die sie auch

„Der Pflegenotstand ist im Kreis angekommen“

verdienen. Das fängt beim Lohn an und hört bei den persönlichen Entwicklungschancen im Beruf auf.“

Der Vorsitzende des Kreissenienerrats, Winfried Halusa, leitete mit der Frage, ob der Pflegenotstand schon da sei oder erst drohe, die Diskussionsrunde ein. Aus der Sicht von Dieter Gaus, dem Vertreter der Liga der freien Wohlfahrtsverbände im Kreissenienerrat, ist „der Pflegenotstand im Kreis angekommen. Es gibt ambulante Pflegedienste, die wegen Personalmangels niemanden mehr aufnehmen können.“ Halusa fragte sich angesichts der demografischen Entwicklung und eines leer gefegten Arbeitsmarkts, woher selbst bei höherer Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen die jungen Menschen herkommen sollten, die einen Pflegeberuf ergreifen könnten.

Für Flandi ist es neben einer Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe unter anderem durch bessere Aufstiegschancen dringend geboten, dass die Pflegekräfte sich wieder auf ihre Kernaufgabe, die Pflege, konzentrieren könnten, indem ihnen die Dokumentation und die Medikation beispielsweise durch Helfer abgenommen werde. „Viele klagen über zu viel Bürokratie.“ Aden ergänzte, dass bei dem derzeitigen Fachkräftemangel der Pflegeberuf in Konkurrenz zu anderen Berufen in Folge der schlechteren Bezahlung und der schwierigeren Arbeitsbedingungen (Wochenend- und Nachtdienste) „hinten runter fallen“.

Albert Röcker, Vertreter der stationären Einrichtungen, nannte dazu ein konkretes Beispiel: „Ich habe zwei gute Pflegekräfte verloren, die zu Trumpf Laser gegangen sind, weil sie dort 800 Euro mehr verdienen und an den Wochenenden frei haben.“ Gaus und Röcker verwiesen darauf, dass nicht examinierte Hilfs- oder Betreuungskräfte nicht einmal solch einfache Tätigkeiten wie das Servieren des Essens, das Füttern von Patienten oder das Anlegen von Kompressionsstrümpfen übernehmen dürften.

Kritik übten sie, aber auch Flandi und Aden zudem daran, dass Pflegeheime gleich zweimal geprüft und kontrolliert würden, einmal von der Heimaufsicht und dann nochmals durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK). Im stationären Bereich könne man schon von einer Misstrauenseinstellung seitens der Kontrolleure sprechen. „Unsere Pflegekräfte stehen diesbezüglich unter einem immensen Druck“, betonte Röcker, der die reinen Kosten für den MDK auf rund 300 Millionen Euro schätzte. Auch andere übten massive Kritik am „Bürokratiemonster“ MDK.

Halusa und Günter Wössner brachten den Vorschlag ins Gespräch, über ein Förderprogramm im Ausland, beispielsweise den Philippinen, interessierte Frauen und Männer in einer Grundausbildung Deutsch und Grundkenntnisse in der Pflege zu vermitteln, um diese dann in Deutschland so fortzubilden, dass sie hier als Pflegekräfte eingesetzt werden könnten. Der stellvertretende Vorsitzende Egon Kalbacher unterstrich, dass viele pflegebedürftige Senioren bis „auf den letzten Drücker“ daheim blieben, weil sie sich einfach die Pflege in einer stationären Einrichtung nicht leisten könnten. Der Zuschuss durch die Pflegeversicherung reiche vielfach nicht aus. Diesbezüglich erinnerte Aden daran, dass die Pflegeversicherung nie „als Vollkasko- sondern nur als

„Der Pflegenotstand ist im Kreis angekommen“

Teilkaskoversicherung“ installiert worden sei.

Die medizinischen Versorgung im Kreis Rottweil sei insgesamt bis auf Einzelbereiche wie Dornhan und Fluorn-Winzeln noch gut, erklärte der FDP-Politiker, selbst Mediziner. Den Hausarzt alter Prägung gebe es aber immer weniger. Das Problem werde sich verstärken. Ein positives Signal sah Aden in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das grundsätzlich mehr jungen Menschen den Zugang zum Medizinstudium ermögliche. Halusa ging davon aus, dass vermehrt ambulante Ärztezentren und Polikliniken die Aufgabe der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum übernehmen.